

**Anfrage**  
**der Ratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN:**  
**Wohnungslosigkeit verhindern – gute flexible Strukturen aufbauen**

**Frage 1:**

Was hat dafür gesprochen, die bis Ende 2017 in der Zentralen Fachstelle für Wohnungsnotfälle zusammen gelegten Funktionen zu trennen und zwei Ämtern zuzuordnen?

**Antwort:**

Die Arbeit der Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle im Amt für Soziales richtet sich an alle Düsseldorferinnen und Düsseldorfer, bei denen ein Wohnungsnotfall besteht. Das Ziel der Arbeit liegt in der Vermeidung von Obdachlosigkeit. Somit richtet sich die Wohnungsnotfallprävention an einen Personenkreis, der über die Zielgruppe der dem Amt für Migration und Integration zugeordneten Bereiche „Beratung für Obdachlose“ und „Sozialdienst in den Unterkünften“ hinausgeht. Die Abgrenzung der Aufgaben des Amtes für Soziales bei der Bildung des Amtes für Migration und Integration war und ist geprägt von einer sehr vertrauensvollen Zusammenarbeit der beiden Amtsleitungen.

Der sozialräumlich orientierte Hilfeansatz der Wohnungsnotfallprävention passt in die zukünftige Ausrichtung des Amtes für Soziales und der damit verbundenen Weiterentwicklung der sozialen Hilfe- und Beratungslandschaft.

**Frage 2:**

Wie sieht die im Amt abgebildete Arbeitsstruktur der Prävention, um Wohnungsverluste zu vermeiden, ab 2018 aus bzw. wie soll sie perspektivisch entwickelt werden?

**Antwort:**

Durch die Aufspaltung der ehemaligen Zentralen Fachstelle und insbesondere durch die Einrichtung des zentralen Be- und Verlegungsmanagements der Notunterkünfte wurden Ressourcen für die eigentliche Prävention frei. Gleiches gilt für Tätigkeiten in und um die Notunterkünfte, die nun ausschließlich vom Amt für Migration und Integration wahrgenommen werden. Die so gewonnenen Kapazitäten wurden bei der Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle in den Auf- und Ausbau der Nachhaltigkeit der Beratungstätigkeit investiert. Ein Konzept zur nachgehenden Arbeit bei Familien ist in Planung. Aufbau- und Ablauforganisation in der Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle sind derart gestaltet, dass der Komplexität des Hilfebedarfs zügig und umfassend entsprochen und flexibel agiert werden kann.

Wird ein Wohnungsnotfall bekannt, greifen bereits vor Kündigung des Mietverhältnisses frühzeitige Interventionsmaßnahmen. Dazu zählen beispielsweise schriftliche Beratungsangebote, offene Sprechstunden im Dienstgebäude Willi-Becker-Allee 10 sowie aufsuchende Arbeit und sozialraumorientierte Sprechstunden an fünf weiteren Standorten im Stadtgebiet. Die Tätigkeit der Mieter- und Servicebüros erfolgt dabei in enger Kooperation mit der vor Ort ansässigen Wohnungswirtschaft.

Die Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle ist weiterhin eng vernetzt mit den bisher der Zentralen Fachstelle angehörenden Fachbereichen, die dem Amt für Migration und Integration angegliedert wurden. Ebenso gibt es fallbezogen eine enge Zusammenarbeit mit dem Bezirkssozialdienst des Jugendamtes und dem Wohnungsamt.

Perspektivisch wird mit der Neuausrichtung des Amtes für Soziales durch Bündelung in der gleichen Abteilung eine noch engere Zusammenarbeit beispielsweise mit der Seniorenhilfe und der Schuldner- und Budgetberatung möglich werden.

**Frage 3:**

Wie haben sich die Zahlen im Bereich Prävention z.B. Vermeidung von Wohnungsverlusten, fristlose Kündigungen und Zwangsräumungen entwickelt?

**Antwort:**

Im Rahmen eines Benchmarkings, in dem die Sozialverwaltung der Landeshauptstadt ihre Dienstleistungen mit anderen Großstädten in Deutschland vergleicht, zeigte sich, dass die Zahl der Wohnungsnotfälle in Düsseldorf trotz angespannter Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht gestiegen ist. Dies ist auf die präventiven Maßnahmen der Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle, der Mieter- und der Servicebüros zurückzuführen. Hier werden Betroffene schon frühzeitig beraten. Die entsprechende Mitteilung über den Pressedienst der Landeshauptstadt Düsseldorf vom 2. Januar 2018 liegt dieser Antwort bei.



## Pressedienst

---

02. Januar 2018

### **Wohnungsnotfälle: Prävention wirkt!**

#### **Im Städtevergleich schneidet die Landeshauptstadt Düsseldorf gut ab**

Seit über 20 Jahren nutzen 16 vergleichbare Großstädte in Deutschland das sogenannte Benchmarking, um die Dienstleistungen der Sozialverwaltung zu vergleichen und Entwicklungen zu erkennen, um letztlich Lücken zu schließen. In den letzten Jahren stand unter anderem das Thema "Wohnungsnotfälle" im Fokus, denn Menschen mit geringem Einkommen finden nur noch in wenigen Großstädten ausreichend Wohnraum zu bezahlbaren Mieten. Bei drohender Wohnungslosigkeit ist es Betroffenen daher nicht immer möglich, alternativen Wohnraum zu finden.

Im Städtevergleich zeigt sich, dass die Zahl der Wohnungsnotfälle in Düsseldorf trotz angespannter Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht gestiegen ist. Nur bei 41 Personen mit einer Wohnungsproblematik endete dies im Jahr 2016 mit einem Wohnungsverlust. Das sind 1,9 Prozent der Fälle. Der Städtedurchschnitt liegt bei 3,1 Prozent.

Stadtdirektor Burkhard Hintzsche führt dies auf die präventiven Maßnahmen der Landeshauptstadt Düsseldorf zurück. Die Fachstelle für Wohnungsnotfälle, die Mieterbüros und die Servicebüros beraten Betroffene schon frühzeitig. Rund 50 Prozent der Wohnungsnotfälle werden noch vor der Einreichung einer Räumungsklage erreicht.

"Vor allem die Beratung vor Ort trägt zu diesem guten Ergebnis bei", erläutert Burkhard Hintzsche. Die Mieter- und Servicebüros werden in Düsseldorf dort angeboten, wo die Wohnsituation am schwierigsten ist. Die Beratungsstellen in Flingern, Mörsebroich, Wersten, Garath und Heerdt kooperieren mit den dort ansässigen Wohnungsanbietern und in Absprache mit den Betroffenen wird Kontakt zu diesen aufgenommen. Gemeinsam werden

Zahlungsvereinbarungen getroffen und die Mietzahlungen gesichert. Wenn gewünscht, wird bei der Beantragung von sozialen Leistungen geholfen. Im Einzelfall werden auch Mietrückstände übernommen, um Obdachlosigkeit zu



## **Wohnungsnotfälle: Prävention wirkt!**

Seite 2

vermeiden.

In Düsseldorf wird bezogen auf die Gesamtzahl der Einwohner nur halb so viel für die Übernahme von Mietrückständen aufgewendet wie im Städtedurchschnitt. Die durchschnittlichen Kosten der einzelnen Mietschuldenfälle liegen dagegen aufgrund des hohen Mietpreisniveaus hinter Köln und München an dritthöchster Stelle.

Wer von Mietschulden, einer Wohnungskündigung, Räumungsklage oder Zwangsäumung betroffen ist, sollte sich so schnell wie möglich beraten lassen. Die Zentrale Fachstelle für Wohnungsnotfälle des Amtes für Soziales ist ab 2. Januar telefonisch unter 89-9 44 77 zu erreichen. Auf der Internetseite [www.duesseldorf.de/soziales](http://www.duesseldorf.de/soziales) sind die Mieter- und Servicebüros unter "Beratung und Information bei drohendem Wohnungsverlust" veröffentlicht.

### **Hintergrundinformationen**

Angeichts der Situation auf den städtischen Wohnungsmärkten ist es besonders wichtig, drohendem Wohnungsverlust durch präventive Maßnahmen entgegen zu treten. Wohnungsnotfälle können zum einen entstehen, wenn Vermieter aufgrund von Mietrückständen das Mietverhältnis kündigen oder zum anderen, wenn durch eskalierende soziale Konflikte oder wegen mietwidrigem Verhalten eine Räumungsklage eingereicht wird. Die Wohnungsnotfallsituation kann bis zu einer Zwangsäumung und zur Vermittlung in eine städtische Unterkunft reichen. Dafür haben die Städte unterschiedliche Konzepte entwickelt, um drohenden Wohnungsverlust zu verhindern.

Fast alle Städte haben für die kommunale Aufgabe der Wohnraumsicherung Beratungsstellen eingerichtet. Während einige Städte erst aktiv werden, wenn die Räumungsklage über das Gericht beim Sozialhilfeträger eingeht, verfolgen andere - so auch Düsseldorf - die Strategie, möglichst frühzeitig bei Wohnproblematiken einzuschreiten. Je frühzeitiger im Verlauf eine Intervention erfolgt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, die Ursprungswohnung durch vermittelnde Gespräche mit dem Vermieter oder durch Übernahme von Mietschulden zu erhalten oder aber alternativen



**Wohnungsnotfälle: Prävention wirkt!**

Seite 3

Wohnraum zu finden.

Der Benchmarkingbericht ist auf der Internetseite der Firma "con\_sens"

abrufbar: [consens-](http://consens-)

[info.de/images/veroeffentlichungen/sgb\\_XII/grossstaedte/2016-11-22\\_Bericht-WNP\\_GS\\_2015\\_Endversion.pdf](http://info.de/images/veroeffentlichungen/sgb_XII/grossstaedte/2016-11-22_Bericht-WNP_GS_2015_Endversion.pdf)

Textversion:

[https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt13/pld/txt/20180102-21\\_03.txt](https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt13/pld/txt/20180102-21_03.txt)

**Kontakt: Bergmann, Michael**

**presse@duesseldorf.de, Telefon +49.211.89-93131**